Zeno-Zeitung

Rheder Volkszeitung
Generalanzeiger für Bocholt
Anholter und Isselburger Zeitung.

65. Jahrgang
Postverlagsort: Bocholt.
Postversandort: Dortmund.

Bezugspreis: Abholstelle 75 Pfg. wöchentlich. Durch Boten monatlich 1,20 Rm. monatlich, einschließlich 0,25 Rm. Botenlohn. Durch die Post 2,20 Rm. vierteljährlich, 0,38 Rm. Postgebühren, zuzüglich 0,42 Rm. Bestellgeld 2,52 Rm. — Anzeigen-Sammelpreis für sämtliche Zeno-Zeitungen 0,10 Rm. bei 22 Millimeter Breite. Anzeigen im Textteil (81 Millimeter Breite) 0,80 Rm. je Millimeter. Hauptgeschäftsstelle Bocholt, Reallschulstraße 14, Fernsprecher 8247. Annahmestelle für Anzeigen und Ausgabe von Zeitungen: Bocholt, Dinxperloer Straße 55 (L. Florack), Burloer Weg 2 (G. Rötten), Schwanenstraße 2 (B. Unland), Sachsenstraße 69 (H. Nakotte), Gneisenaustraße 56 H. Querbach), Potsdamstraße 3 (W. Hoves).

Volksblatt
für Bocholt und den Kreis Borken

Nummer 16 | Sonntag, den 17. Januar 1937 | Jahrgang 1937

So sieht es heute in Madrid aus!

Erschütternder Augenzeugenbericht eines Deutsch-Spaniers.

Die Plünderung der deutschen Botschaft.

DNB **Salamanca**, 16. Jan.

Ein deutsch-spanischer Handwerker, der sich noch bis zum 25. Dezember in Madrid aufgehalten hat und der erst am 3. Januar denjenigen Teil Spaniens verließ, in dem die Bolchewisten noch ihr blutiges Regiment führen, gab dem Sonderberichterstatter des DNB eine erschütternde Schilderung seiner Erlebnisse.

Der Gewährsmann hatte sich drei Wochen nach dem Beginn der nationalen Erhebung infolge fortgesetzter Todesdrohungen durch rote Banditen in den Schutz der Deutschen Botschaft begeben. Als Grund für die Verfolgungen läßt sich nur persönlicher Neid auf die Erfolge des Flüchtlings anführen, der sich nach vielen Jahren fleißiger harter Arbeit in den Besitz einer kleinen Werkstatt gebracht hatte und mithin nach bolschewistischer Auslegung „Kapitalist" geworden war. Daß sich der Verfolgte niemals um politische Dinge gekümmert hat, interessierte die roten Mordgesellen nicht. — Dieser Handwerksmann ist der erste Augenzeuge, der der Erstürmung der Deutschen Botschaft durch den Madrider kommunistischen Pöbel beigewohnt hat und der schließlich auf abenteuerlichen Wegen der roten Hölle entrinnen konnte.

Roter Räumungsbefehl überreicht.

Am 23. November, nachts drei Uhr, erschien am Tor der Deutschen Botschaft ein Abgesandter des bolschewistischen „Verteidigungsausschusses", um einen Brief mit der unverschämten Forderung, das Gebäude innerhalb von 24 Stunden zu räumen, zu überbringen. Daraufhin erfolgte noch am Vormittag des gleichen Tages ein Besuch mehrerer Vertreter der in Madrid noch weilenden ausländischen Diplomaten, die sich zu einer Interessengemeinschaft zusammengeschlossen hatten, bei dem roten General Miajas, der als Vollstrecker der Moskauer Befehle das Schicksal der spanischen Hauptstadt und ihrer gequälten Einwohner noch heute bestimmt.

Dem Moskauer Werkzeug Miajas wurde eine vollständige Liste der in der Deutschen Botschaft untergebrachten deutschen und spanischen Flüchtlinge überreicht und für sämtliche Insassen freier Abzug gefordert. Miajas erklärte sich damit einverstanden und versprach sogar, „Truppen" zur Verfügung zu stellen, um den freien Abzug zu garantieren. Er verlängerte außerdem die Frist für die Räumung des Botschaftsgebäudes.

Rote Horden vor der Botschaft.

Es sollte sich aber sehr bald herausstellen, daß Miajas garnicht in der Lage war, das gegebene Versprechen des freien Abzuges einzulösen, da die kommunistischen und anarchistischen Milizen schon seit Wochen das Botschaftsgebäude bespitzelten und nur auf einen geeigneten Augenblick warteten, um sich auf ihre Beute zu stürzen. Mehrere Tage vor Erlaß des Räumungsbefehls waren bereits etwa 15 Maschinengewehre rings um das Gelände der Botschaft in Stellung gebracht worden. Der an den hinteren Garten angrenzende Neubau eines mehrstöckigen Mietshauses war außerdem von roten Milizen besetzt worden, die — nach unzweideutiger Ankündigung — schon bei dem geringsten Anzeichen einer „verdächtigen" Bewegung der Botschaftsinsassen einen Handgranatenregen hätten niederprasseln lassen. Auf dem Dach des seitwärts dem Botschaftspark angrenzenden Hauses, sowie in einem Nachbargarten waren ebenfalls schwerbewaffnete Rotgardisten postiert. Gegenüber der Botschaft schließlich, auf der anderen Straßenseite, befand sich eine von den Anarchisten beschlagnahmte Villa. Niemand konnte also das scharf bewachte Botschaftsgebäude unbemerkt verlassen. Die deutschen und spanischen Insassen erwarteten jeden Augenblick den Einbruch der roten Meute. Sie verlebten Tage und Stunden, von deren Tragik man sich nur schwer eine Vorstellung machen kann.

Diplomatische Rettungsaktion unter roten Bajonetten

Am frühen Morgen des 24. November erschienen mehrere Autos des Diplomatischen Korps, um die 59 Belagerten abzuholen. Der erste Wagen verließ mit mehreren Flüchtlingen noch ungehindert das Gelände der Deutschen Botschaft. Aber bereits das zweite, das der polnischen Mission gehörende Auto wurde von den roten Banden beschossen. Die Insassen wurden aus dem Wageninnern in der Absicht herausgezerrt, sie an der hohen Steinmauer, die den Park der Deutschen Botschaft umgibt, kurzerhand zu erschießen. Nur dank des energischen Eingreifens ausländischer Diplomaten wurden diese unglücklichen Flüchtlinge, unter denen sich auch der Sohn eines früheren spanischen Ministers und ein 18jähriger Student befanden, schließlich ins Polizeigefängnis eingeliefert. Dieser Zwischenfall ereignete sich um 10 Uhr vormittags.

Stunden nervenerschütternder Spannung.

Angesichts der drohenden Haltung der Kommunisten wurde von den noch im Botschaftsgebäude zurückgebliebenen Insassen kein weiterer Versuch mehr unternommen, sich der Gefahr des zugesagten „freien Abzuges" auszusetzen. Bis 12,45 Uhr erwarteten sie in nervenerschütternder Spannung den Ablauf der Räumungsfrist. Da nicht einmal die Autos des Diplomatischen Korps vor den Kugeln der roten Häscher sicher waren, bestand natürlich noch weniger Aussicht, zu Fuß durch das von den Bolschewisten vor dem Tor gebildete Spalier lebend hindurchzukommen.

Ins Polizeigefängnis gezerrt.

Um 12,50 Uhr ertönte plötzlich der Befehl von draußen: „Diplomaten und Guardia Civil aus dem Gebäude heraustreten!" Im Botschaftshaus befanden sich nämlich etwa zehn Beamte der Guardia Civil, die von staatswegen das exterritoriale Gelände „schützen" sollten. Die übrigen Insassen wurden dann ins Polizeigefängnis gezerrt, wo sie zehn Tage zwischen fortgesetzten Vernehmungen und Morddrohungen in furchtbarer Ungewißheit über ihr Schicksal zubrachten.

Plünderer und Diebe am Werk.

Kurz nach ihrer Einlieferung raubten die roten Belagerer, die sofort nach dem Abtransport des letzten Flüchtlings die Räume der Botschaft einer „näheren Durchsuchung" unterzogen, das gesamte im Besitz der Deutschen Botschaft befindliche Silber. Nach verläßlichen Angaben ist dieses Silber zusammen mit anderen, in Banken und Privatwohnungen gestohlenen Silberbeständen eingeschmolzen und nach Valencia oder Alicante zum Weitertransport nach Frankreich oder Sowjetrußland verfrachtet worden. Die Diebe schleppten auch sonst alles weg, was in den Botschaftsräumen nicht niet- und nagelfest war. Während der ganzen Plünderungsaktion standen im Garten der Botschaft 15 bis 20 Rotgardisten Schmiere.

Madrid wartet auf Befreiung.

Kennzeichnend für die Lage in Madrid ist der sehnsüchtige Wunsch der Bevölkerung, recht bald die nationalen Truppen in den Straßen der Stadt zu begrüßen. Die Räumung Madrids stößt — wie der Gewährsmann weiter ausführte — auf großen Widerstand bei der Einwohnerschaft, die es strikt ablehnt, nach Valencia abgeschoben zu werden. Alle Madrider Bürger nämlich sind davon überzeugt, daß sie in Valencia die gleichen Qualen wie in Madrid zu erdulden hätten, ehe nicht auch dort die nationalistischen Befreier erscheinen. Außerdem weiß ja auch jeder, daß sich die rote Meute über jede verlassene Wohnung herstürzt und daß die Aussicht, später einmal etwas von seinen Habseligkeiten wiederzufinden, gleich null ist.

(Fortsetzung auf der zweiten Seite.)

Bereits 15 km über Estepona hinaus.

Weiterer Erfolg an der Front von Malaga.

DNB **Salamanca**, 16. Januar.

Der Heeresbericht des Obersten Befehlshabers in Salamanca vom Freitag meldet einen weiteren bedeutenden Erfolg der Truppen der nationalen Südarmee in der Provinz Malaga. Es wurde der Ort San Pedro de Alcantara (etwa 15 km östlich von Estepona) von nationalen Streitkräften besetzt. Den Roten wurde viel Kriegsmaterial abgenommen.



(Scherl-M.)

An der Madrider Front herrschte Infanterie- und Artillerietätigkeit im Abschnitt von Las Rozas—Majadahonda. Die Nationalen erbeuteten bei einem erfolgreichen Vorstoß, der den Kommunisten 50 Tote kostete, 50 Gewehre. Angriffsversuche des Feindes in der Universitätsstadt wurden glatt abgeschlagen.

Im Abschnitt von Soria fielen den nationalen Truppen bei Erkundungsvorstößen Munition und anderes Kriegsmaterial in die Hände.

Von den übrigen Fronten wird meistens Infanteriefeuer gemeldet. Wieder ist eine große Zahl von Milizen übergelaufen.

Zu dem Heeresbericht vom Freitag verlautet ergänzend von der Front vor Madrid, daß die von einem roten Sender verbreitete Meldung über eine angebliche Einnahme der Universitätsklinik durch die Bolschewisten völlig aus der Luft gegriffen ist. Bei den dortigen Kämpfen ließ die in der Universitätsstadt liegende 4. Abteilung der Legionäre die Angreifer auf kurzen Abstand an die nationalen Linien herankommen. Erst dann eröffneten sie ein mörderisches Maschinengewehrfeuer, das die Kommunisten eine große Zahl von Toten und Verwundeten kostete und sie in wenigen Minuten zurückwarf. Von Arravaca aus erfolgte ein nationaler Vorstoß in Richtung auf El Pardo, wobei Gelände gewonnen wurde. Mehrere Rote benutzten die Verwirrung in ihren Reihen, um zu den nationalen Truppen überzulaufen. Die nationalen Flieger unternahmen trotz ungünstigen Wetters mehrere Erkundungsflüge und zersprengten dabei Ansammlungen von roten Horden.

Belgien fordert restlose Genugtuung.

DNB **Brüssel**, 16. Januar.

Unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten van Zeeland fand am Freitagabend ein Kabinettsrat statt. Nach dem amtlichen Bericht wurde die Einberufung des Senats zur Erledigung des Senats laufender Angelegenheiten auf den 26. Januar beschlossen.

Außenminister Spaak berichtete über die Antwort der roten Gewalthaber in Valencia auf die zweite belgische Note. Der Inhalt wurde im großen und ganzen als befriedigend angesehen. Lediglich ein wichtiger Punkt bedürfe noch weiterer Klärung. Der Außenminister wurde beauftragt, von Valencia erneut restlose Genugtuung in der Angelegenheit der feigen Ermordung des Botschaftssekretärs de Borchgrave zu verlangen.

Der Kabinettsrat beschloß ferner, die 45 Stunden-Woche im Kohlenbergbau mit Wirkung ab 1. Februar einzuführen. Die Verhandlungen über die praktische Durchführung dieser Maßnahme sollen beschleunigt werden.



Der deutsche Geschäftsträger General Faupel bei General Franco.

Der deutsche Geschäftsträger bei der Nationalregierung in Spanien, General Faupel, stattete kürzlich dem Staatschef General Franco in dessen Hauptquartier in Salamanca einen Besuch ab. Diese Aufnahme wurde im Arbeitszimmer General Francos gemacht (Photo: Scherl)

Wohnungsbau und Bevölkerungszunahme.

Im letzten Jahre vor Ausbruch des Weltkrieges waren in Deutschland (innerhalb der späteren Grenzen des Versailler Diktates) bei 13,4 Millionen Haushaltungen 13,6 Millionen Wohnungen vorhanden. Damals wußte man nichts von Wohnungsmangel, denn das Angebot war größer als die Nachfrage. In der Nachkriegszeit öffnete sich die „Wohnungsschere" zuungunsten der Mieter. Nach den Ermittelungen von 1923 standen damals 15 Millionen Haushaltungen 14,4 Millionen Wohnungen gegenüber, woraus sich ein Fehlbetrag von 600 000 Wohnungen ergab. Bis 1933 hatte sich der Fehlbestand fast noch verdoppelt. Trotz der tatkräftigen Förderung des Wohnungsbaues durch die nationalsozialistische Regierung vergrößerte sich der Wohnungsfehlbetrag auch in den folgenden Jahren. Ende 1935 fehlten in Deutschland bei 18,8 Millionen Haushaltungen rund 1,5 Millionen Wohnungen, obwohl der Reinzugang an Wohnungen von 141 000 im Jahre 1932 auf 251 000 im Jahre 1935 erhöht werden konnte. Die Erklärung liegt darin, daß zunächst einmal auf Grund der steigenden Einkommen viele Tausende von Ehepaaren, die bisher in Untermiete wohnten, einen eigenen Haushalt gründen konnten. Ferner stiegen die Eheschließungen, ebenfalls unter staatlichen Vergünstigungen, außerordentlich. Waren 1932 nur noch 517 00 Ehen in Deutschland geschlossen worden, so schnellte diese Zahl 1934 auf über 740 000 empor, und auch 1935 übertrafen die 651 000 Eheschließungen den Krisenstand noch ganz erheblich. Den Wettlauf zwischen Wohnungsbau und Eheschließungen hatte das Standesamt gewonnen.

Dieses Ergebnis konnte nicht befriedigen, und daher wurden 1936 alle Anstrengungen gemacht, um wenigstens das weitere Anwachsen des Wohnungsfehlbestandes zu verhüten. Dieses Ziel wurde erreicht. Es kann damit gerechnet werden, daß 1936 einen Reinzugang von 290—300 000 Wohnungen brachte, was gegenüber dem Vorjahre eine Zunahme von 50—60 000 Wohnungen bedeutet, gewiß ein großer Erfolg. Nun aber sind im abgelaufenen Jahre weitere Erschwerungen aufgetreten. War es zunächst der Kapitalmangel, der den Drang zum Wohnungsbau dämpfte, so sind nunmehr auch Rücksichten auf die Devisenlage zu nehmen. Es ist leider nicht so, daß Bauen ganz ohne Devisen möglich ist. Noch einschneidender beeinflussen die vordringlichsten Aufgaben der Reichsregierung den Wohnungsbau: die Sicherung der Landesverteidigung, die Errichtung von neuen Werkanlagen zur Ergänzung der heimischen Rohstoffversorgung und schließlich auch der gewaltige Bau der Reichsautobahnen. Alle diese beredten Zeugen nationalsozialistischen Aufbauwillens erfordern Kapital und Baustoffe, über die Deutschland nicht in unerschöpflicher Fülle verfügt. Zum Bauen gehört aber noch mehr, nämlich tüchtige und geschulte Facharbeiter. Auch an diesen hochwertigen Arbeitskräften ist ein fühlbarer Mangel eingetreten. Welchen Auftrieb die Bautätigkeit in den letzten vier Jahren genommen hat, geht daraus hervor, daß die Investitionen der deutschen Bauwirtschaft in dieser Zeit von 2,2 auf 9 Milliarden RM angeschwollen sind.

Eine Abstufung der verschiedenen Bauvorhaben nach dem Grade ihrer Dringlichkeit erschien unumgänglich. Auf dem Gebiet des Wohnungsbaues werden die verfügbaren Kräfte (Arbeit, Kapital und Baustoffe) auf die Errichtung von Kleinsiedlungen und Arbeiterwohnstätten gelenkt, denn hier ist der Wohnungsmangel am stärksten. Während 1931 noch 57 v. H. aller Neubauwohnungen auf Kleinwohnungen mit ein bis drei Zimmern entfielen, war deren Anteil 1935 auf 43,4 v. H. zurückgegangen. Nun ist es gewiß nicht das erstrebenswerte Ziel einer aufbauwilligen Politik, möglichst viele Kleinwohnungen zu errichten, denn in gedrängten Räumen können sich keine kinderfrohen Familien entwickeln. Was aber hilft eine geräumige Wohnung, wenn der besorgte Familienvater die für sie notwendige Miete nicht aufbringen kann? Man muß immer wieder daran erinnern, daß in Deutschland rund 90 v. H. aller Erwerbstätigen ein Jahreseinkommen beziehen, das 3000 RM nicht übersteigt. Darum sollen künftighin nur die Bauvorhaben gefördert werden, die nicht nur nach Art, Größe und Ausstattung, sondern vor allem auch nach den Lasten oder Mieten für die minderbemittelte Bevölkerung geeignet sind. Nach amtlicher Berechnung darf die tragbare Miete für den Arbeiter im Durchschnitt nicht mehr als 26 RM und für den Angestellten nicht mehr als 45 RM im Monat betragen. Es ist kein Trost für uns, daß in England der ungelernte Arbeiter 40 bis 50 v. H. seines Einkommens auf die Wohnung (einschließlich Licht und Heizung) verwenden muß. In Preußen hätte schon Friedrich der Große

bestimmt, daß der Aufwand für die Wohnung ein Fünftel des Einkommens nicht übersteigen solle. Wenn wir heute einen Anteil von 25 v. H. erreichen und festhalten können, wollen wir zufrieden sein. Selbstverständlich bedingen diese Grenzen die Wohnungsgrößen.

Bei der Förderung des Wohnungsbaues muß weiter beachtet werden, daß die unmittelbare Beteiligung der öffentlichen Hand am Wohnungsbau verhältnismäßig gering ist. Im Jahre 1935 beanspruchte der Wohnungsbau 1600 Millionen RM., von dieser Summe stammten nur 220 Millionen RM. aus öffentlichen Mitteln, während der bei den Hypothekenbanken, den öffentlich-rechtlichen Kreditanstalten, den Sparkassen und Versicherungen organisierte Kredit 530 Millionen RM. zur Verfügung stellte. Der „Rest" von 850 Millionen RM. floß dagegen aus privaten Mitteln. Da nun der private Wohnungsbau, soweit er sich auf größere Wohnungen erstreckte, zugunsten der Kleinsiedlungen und Kleinwohnungen zurückgedrängt werden muß, erhebt sich die Frage, ob und welche Möglichkeiten bestehen, die privaten Mittel dem vordringlichen Wohnungsbau zuzuführen.

Generaldirektor Dr. Eugen Vögler antwortet hierauf in einem Artikel der Deutschen Arbeitskorrespondenz, des Organs der Deutschen Arbeitsfront: „Eines der wichtigsten Mittel zur Weckung der Mitarbeit des privaten Baukapitals sehe ich in dem Bau nicht nur billiger, sondern auch solider Arbeiterwohnstätten. Technisch einwandfreie, standfeste und dauerhafte Arbeiterwohnungen sind nach meiner Ueberzeugung heute die sicherste Kapitalanlage. In den letzten Jahren ist hier und da in an sich guter Absicht — man wollte die Mieten und Lasten möglichst niedrig halten — technisch im Arbeiterwohnungs- und Siedlungsbau unsachgemäß experimentiert und gesündigt worden. Das muß aufhören, ebenso wie die Sucht, Kleinwohnungen durch übertriebenen Aufwand und Komfort (gekachelte Badezimmer, Parkettböden usw.) für die Geldbörse unserer Gefolgschaftmitglieder unerreichbar zu machen. Beides wirkt auch der Ausbildung einer wirtschaftlich gesunden Beleihungsfähigkeit der Kleinwohnungen entgegen. Arbeiterwohnungen sollen einer gesunden und kinderfrohen Arbeiterfamilie ausreichenden und ansprechenden Lebensraum bieten. Dieser Forderung muß und kann mit der Kleinsiedlung, dem Eigenheimbau und der Mietwohnung, die jedenfalls in den dicht besiedelten Industriegebieten nicht zu entbehren ist, entsprochen werden. Die Kleinstwohnung mit ein bis zwei Räumen ist weder wirtschaftlich noch sozial ein Ideal und kommt eigentlich nur für alte Ehepaare in Betracht. Jungen lebensbejahenden Arbeiterfamilien dagegen müssen mindestens Wohnküche, Schlafzimmer und eine weitere Schlafkammer für die Kinder zur Verfügung gestellt werden. Für eine genügende Anzahl von Wohnungen mit einer weiteren Schlafkammer ist Sorge zu tragen. Wenn wir trotz unbedingter Wahrung der Solidarität des Wohnungsbaues einfach, bescheiden und luftig bauen, so können wir Wohnungen dieses Raumumfanges zu tragbaren Sätzen, das heißt etwa zu Mieten zwischen 25,— und 40,—, teilweise 50,— RM. bauen, falls Staat und Gemeinden mindestens in bisherigem Umfange zur Lastenerleichterung beitragen. Gegenwärtig wird an der Begriffsfestlegung des Arbeiterwohnstättenbaues gearbeitet, um diejenigen Arbeiterwohnungstypen zu kennzeichnen, die in Ausführung des neuen Grundsteuergesetzes von der Grundsteuer frei bleiben sollen. Bei der endgültigen Entscheidung sollte man nach Möglichkeit auf Begrenzung des Raumumfanges verzichten und von den Belastungs- und Mietsätzen her den Maßstab für die Begriffsbestimmung suchen."

Der Bedarf an Wohnungen wird in den nächsten Jahren zurückgehen, denn die Haushaltungsgründungen werden erheblich abnehmen — eine Folge des Geburtenausfalles während des Weltkrieges. Es wäre aber grundfalsch, hieraus die Folgerung zu ziehen, daß der Wohnungsbau aus diesem Grunde eingeschränkt werden könne. Gilt es doch schon jetzt die Voraussetzungen zu schaffen, daß nach 20, 25 Jahren die Eheschließungen auf Grund der heute wieder steigenden Geburtenzahlen zunehmen können. Was helfen — auf weite Sicht gesehen — alle Aufbauleistungen, wenn die Volkszahl schwindet? Wie ein Volk auf ausreichenden Lebensraum nicht verzichten darf, so können sich auch die Familien, aus denen der Staat sich aufbaut, nur mehren, wenn ihnen auskömmliche Wohnungen möglichst mit einem Stückchen Gartenland zur Verfügung stehen.

So sieht es heute in Madrid aus.

(Fortsetzung von der 1. Seite.)

Wie es in der Stadt aussieht.

Die innere Stadt ist von den nationalen Fliegern weitgehend geschont worden. Lediglich die Straßenzüge des westlichen Verteidigungsgürtels, der von der Universitätsstadt über Plaza Moncloa-Nordbahnhof-Königspalast verläuft, bieten ein Bild trostloser Verwüstung. In der Nachbarschaft des Innenministeriums stehen von vier Häusern nur noch die Fassaden. Der historische Retiro-Park ist bis auf wenige Baumgruppen abgeholzt worden, da er als Stellung für die rote Artillerie ausgebaut wurde. Dort stehen auch mehrere Leichtflugzeuge in ständiger Bereitschaft, um die roten Hauptlinge im gegebenen Augenblick in Sicherheit zu bringen.

Anarchistische Drückeberger führen das Regiment.

Viele tausende Angehörige der Madrider und der ausländischen Milizen, besonders der anarchistischen Gruppen, beherrschen das Straßenbild. Wer sich vom Frontdienst drücken kann, tut es. Von den Verwundeten geht nur höchst selten jemand wieder an die Kampffront zurück. Es ist erstaunlich, auf welche seltsame Einfälle die Drückeberger kommen, um durch Selbstverstümmelung dienstuntauglich oder nur etappendienstfähig zu werden. Täglich treffen hunderte ausländischer Kommunisten ein, die schon deshalb an die Front geworfen werden, damit sie nicht vorher noch Verbindung mit den unzufriedenen, in der Hauptstadt herumlungernden Milizen aufnehmen können. Von den Madrider roten Milizen, die seit August immer wieder mit Gewalt an die Front getrieben werden mußten, lebt heute fast keiner mehr, sofern er sich nicht beizeiten [illegible] „dienstunfähig" gemacht hat.

Massenhafte Fluchtversuche.

Für die heute an der Front stehenden roten Milizen ist eine Rückkehr unmöglich. Sowjetrussische Scharfschützen vereiteln jeden Fluchtversuch — und es kommt trotz dieser drakonischen Mittel immer wieder dazu — mit Maschinengewehrsalven. Die gesamte Stärke der Roten an der Madrider Front wird auf 150000 Gewehre geschätzt. Das Innere der Stadt ist nicht befestigt worden, dagegen sind alle Prachtgebäude, an denen Madrid ja so reich ist, zur Sprengung unterminiert worden.

400 „Verdächtige" wurden niedergemacht.

Der Gewährsmann ist Zeuge eines Transportes von 400 der Sympathie zu General Franco verdächtig gemachten Einwohnern Madrids gewesen, die mitten in der Nacht aus ihren Gefängniszellen geholt und nach Torijos de Ardo befördert wurden. Dort sind sie im Laufe des nächsten Vormittags in den Kellern des längst geplünderten Palastes des Herzogs von Tovar niedergemacht worden. Die Kleider der Erschossenen wurden dann auf den gleichen Lastkraftwagen nach Madrid zurückgebracht, während man die Leichen der Unglücklichen einfach in den Fluß warf.

Der deutsch-spanische Handwerksmann, der den roten Häschern entronnen ist und dem man noch die Schrecken seiner Erlebnisse anmerkt, ist überrascht, daß die Bewohner des nationalen Spanien einen durchaus normalen Lebenswandel, den er nach all den Leiden und Qualen schon nicht mehr für möglich gehalten hatte. . .

Die Hintergründe des einstimmigen Kammerbeschlusses.

Die französische Geste in der Freiwilligenfrage.

(!) **Paris**, 16. Januar.

Ueber das zahlenmäßige einmütige Ergebnis der französischen Kammerabstimmung in der Frage des Freiwilligen-Verbots für Spanien glaubte die französische Nachrichtenagentur Havas bereits wenige Stunden später mitteilen zu können, daß man in London und anderen Hauptstädten von diesem Ergebnis „sehr befriedigt" sei. Ein Blick in die Pariser Morgenpresse hingegen zeigt die ganze Schwäche dieser äußerlichen Einmütigkeit. Aus den Blättern werden die Berechnungen, Spekulationen und Hintergedanken erkennbar, denen diese spekulative Einstimmigkeit in Wirklichkeit zu verdanken ist.

Die Volksfront-Presse wirft sich in die Brust und behauptet, daß die Kammer der Welt einen Beweis der ehrlichen französischen Friedensliebe gegeben habe. Die kommunistische „Humanité" allerdings, die man auch zu dieser Gruppe zählen muß, bricht bereits wieder aus der Front aus, indem sie unverhohlen wünscht, daß die „faschistischen Staaten" in der Freiwilligen-Politik andere Wege gehen möchten, damit Frankreich dann seine „normalen" Beziehungen mit Rot-Spanien wiederherstellen und mit anderen Staaten eine wirkungsvolle „Kontrolle" der Nichteinmischung aufrichten könne. Der sozialistische „Populaire" erklärt vierspaltig, daß die Kammer ihren einstimmigen Beschluß gefaßt habe, „um Europa vor dem Krieg zu bewahren". Das Blatt hofft, daß diese Abstimmung ihren Eindruck nach außen nicht verfehlen werde. Daß das Gesetz gewollt elastisch ist, um sich der jeweiligen Lage anzupassen, erscheint dem Blatt natürlich als besonderer Vorzug.

Anders urteilen rechtsstehende Blätter. „Echo de Paris" vergleicht den französischen Gesetzentwurf mit dem englischen. England, so schreibt das Blatt, habe loyal und freimütig gehandelt und nicht erst abgewartet, was die anderen Nationen machten. Es habe ein Beispiel gegeben, dem nichts Gleichwertiges von französischer Seite gegenüberstehe. Die Regierung Blum habe sich Vollmachten geben lassen, die sie infolge der Forderungen der Kommunisten nicht durchführen könne. Wie könne diese Regierung auch etwas gegen einen Zustand unternehmen, fragt das Blatt, den gewisse Regierungsmitglieder weiter begünstigen? Wie könne sie tun, als ob sie neutral sei, wenn sie alle Tage Flugzeuge nach Barcelona liefere, wenn sie den Schmuggel von Waffen und Munition erleichtere, wenn sie in Perpignan die Organisation der Freiwilligen-Anwerbung dulde, wenn sie gerade am heutigen Tage die Augen verschließe vor einem Transport Freiwilliger von Port Bou nach Bayonne, der für Bilbao bestimmt sei. Seit sechs Monaten seien die Frankreich benachbarten Länder, England einbegriffen, davon überzeugt, daß Frankreich in der spanischen Angelegenheit ein doppeltes Spiel treibe, daß es betrüge und daß es lüge. Nur entschiedene und augenfällige Taten, die jede Doppelsinnigkeit zerstreuten, könnten diesen Eindruck verwischen. Die Geste vom Freitag genüge nicht, um Frankreichs Ansehen und das Vertrauen in seine Loyalität wiederherzustellen, sie genüge nicht, die so verwirrte außenpolitische Lage gesunder zu machen.

„Figaro" versucht, die Hintergründe der einstimmigen Annahme des Gesetzes aufzuzeigen. Bei den meisten der Abstimmenden, so erklärt das Blatt, habe der Wunsch vorgeherrscht, Frankreichs guten Glauben in der Frage der Kontrolle darzulegen. Für die Kommunisten sei die Sorge maßgebend gewesen, ein Ministerium zu unterstützen, das ihre Angelegenheiten betreibe. Sie hätten für den Entwurf gestimmt, indem sie sich, wie gewöhnlich, vorbehalten hätten, im gegebenen Augenblick durch ihre bekannten Einschüchterungshandlungen die Durchführung des Gesetzentwurfes zu lähmen. Der Entwurf werde sie im übrigen nicht daran hindern, in Volksversammlungen und in Maueranschlägen ihre Werbung für die Einmischung in die spanischen Angelegenheiten fortzusetzen.

Die Rechte und die Mitte hätten den Entwurf angenommen, weil sie darin eine Bestätigung der Friedenspolitik und der französischen Neutralität in Spanien sehen. Die Radikalen schließlich hätten dafür gestimmt, da drei ihrer Minister den Entwurf gezeichnet hätten, und die Sozialisten schließlich, weil Léon Blum, ihr Parteivorsitzender, die Anregung zum Gesetz gegeben habe.

„Journal" schreibt, die Kammer habe nicht freudigen Herzens das Bevollmächtigungsgesetz gebilligt. Das bewiesen die zahlreichen Vorbehalte. Auch die kommunistische Fraktion habe den Entwurf ohne ernste Ueberzeugung angenommen, und das verstehe sich von selbst.

Lebhafter Verkehr bolschewistischer Flugzeuge in Toulouse.

Seltsames Verhalten der Polizei.

DNB **Paris**, 16. Januar.

Das lebhafte Treiben spanischer bolschewistischer Flugzeuge auf dem Toulouser Flugplatz beunruhigt die „Action Francaise". Täglich, so wird dem Blatt von einem Augenzeugen berichtet, kämen dort Flugzeuge aus dem roten Spanien an und kehrten wieder dahin zurück. Sie brächten oft uniformierte Milizen mit, die inzwischen in den Straßen spazieren gingen, ohne von der Polizei angehalten zu werden. Ueberhaupt scheine die Polizei nur da zu sein, um die Milizen zu beschützen und um vom Flugplatz Neugierige fernzuhalten. Am 6. Januar sei zum Beispiel die Maschine Fokker E 45 gelandet, die früher als Fokker 20 der französischen „Gesellschaft für Flugtransporte" gehört habe. Jetzt sei die Maschine von den Bolschewisten in Barcelona als Militärflugzeug eingesetzt worden.

Ebenfalls am 6. Januar seien zwei Douglas-Maschinen E C XIX, XI eingetroffen, die beide mit roten Streifen gezeichnet waren. Ein französischer Flieger habe von ihnen Lichtbildaufnahmen gemacht. Er sei jedoch sofort von der Mobilen Garde festgenommen und aufs Revier gebracht worden, wo man die Aufnahmen zerstört habe. Der Flieger sei zwar wieder freigelassen worden, aber in der folgenden Nacht hätten „Unbekannte" einen Sabotageakt an seinem Flugzeug vorgenommen.

Außer dem Flugplatz von Toulouse werde auch der wenige Kilometer entfernte Flughafen von Montaudran von den bolschewistischen Fliegern benutzt. Die Lebhaftigkeit dieses Verkehrs sei sehr seltsam, aber noch merkwürdiger sei das Geheimnis, mit dem die meisten dieser Flugzeuge umgeben seien. In gewissen Fällen verzichteten nämlich die Zollbeamten, die sicher entsprechende Anweisungen hätten, sowohl beim Eintreffen als auch beim Starten der bolschewistischen Flugzeuge auf jede Durchsuchung.

Dunkle Kräfte am Werk.

DNB **Paris**, 16. Januar.

„Man hat uns in den Krieg führen wollen," erklärt heute die radikalsozialistische „République", die sich die Unabhängigkeit von Volksfront-Einflüssen bewahrt hat. Das Blatt gibt zunächst die zahlreichen Presseäußerungen wieder, in denen während der letzten Tage nach der Herkunft der französischen Falschmeldungen über Marokko geforscht wurde und stellt dann fest, daß der Pressefeldzug in Frankreich zunächst von gewissen Rechtszeitungen, wie „Echo de Paris" (Pertinax), „Ordre", „Ami du Peuple" (Mandel), und von Linkszeitungen wie „Humanité" und „Oeuvre" (Tabouis), geführt worden sei. Es überrasche niemanden, wenn man erfahre, daß die „Humanité" von der sowjetrussischen Botschaft redigiert werde und daß die erwähnten Rechtszeitungen Anhänger eines französisch-sowjetrussischen Bündnisses einschließlich Generalstabsabmachungen seien. Alles habe sich so abgerollt, als wenn irgendeine Macht — ein Mann, eine Partei, eine ausländische Regierung — es dahin bringen wollte, daß die französische Presse ihre Grenzen überschreite, gegen Deutschland hetze und französische Truppen für das Rif-Gebiet fordere. Sei das ein Börsenmanöver gewesen?

Gewiß, die Börsianer hätten die Gelegenheit beim Schopf ergriffen und dabei 80 Millionen Franken verdient. Aber das sei nur eine nebensächlichere Seite der Angelegenheit. Man müßte tiefer schürfen. Diejenigen, die aus der Panik hätten Gewinn ziehen wollen, befänden sich in Frankreich und im Auslande, denn es gebe ein Hand-in-Hand-Arbeiten zwischen gewissen Franzosen und dem Auslande. Es sei auffällig, daß der Feldzug gerade in dem Augenblick erfolgt sei, als die meisten Regierungsmitglieder von Paris abwesend waren. Wer habe denn in jenen Tagen, als die große Informationspresse keine amtliche Auskunft erhalten konnte, über die Dinge genau Bescheid gewußt und doch nichts gesagt? Wisse man denn nicht, daß man sich bereits im Auslande zuflüstere, die ganze Angelegenheit sei in Paris gedreht worden? Man sehe bereits die Silhouette des Meisters dieses Spiels und seiner Mitschuldigen sich abzeichnen. Die Franzosen, die für irgendwelche dunklen Kräfte in der letzten Woche ihre Haut zu Markte tragen sollten, so schließt das Blatt, hätten allen Grund, auf der Hut zu sein.

Von besonderem Interesse in diesem Zusammenhang ist, daß die berüchtigte Außenpolitikerin Madame Tabouis wieder auf dem Plan erscheint, um neue Verdächtigungen auszustreuen. Es gebe zwar keine deutschen Truppen in Marokko, so erklärt sie, aber es mache sich ein großer Zustrom von deutschen Technikern, Militärinstrukteuren und vor allem von aktiv tätigen Festungsbau-Ingenieuren bemerkbar.

Man sollte eigentlich annehmen, daß der letzte blamable Reinfall Madame Tabouis zu denken gegeben hätte.

Der Völkerbund und die vor dem roten Terror geflüchteten Spanier.

DNB **Genf**, 15. Januar.

Der chilenische Vertreter beim Völkerbund hat im Auftrag seiner Regierung beantragt, die Lage der Flüchtlinge in den Botschaften und Gesandtschaften in Madrid auf die Tagesordnung der bevorstehenden Ratstagung zu setzen. Er erinnerte daran, daß der Vertreter seines Landes schon im Dezember auf die sehr kritische Lage dieser Hunderte von Flüchtlingen hingewiesen habe, die sich vor dem roten Terror in die exterritorialen Gebäude gerettet hätten und deren Abbeförderung nach Valencia, wohin eine Reihe von ausländischen Missionen verlegt worden sei, sich die Roten widersetzen. Seit Dezember seien die Zustände so unhaltbar geworden, daß die in Madrid lebenden Mitglieder des diplomatischen Korps den Vertreter Chiles aufgefordert hätten, die Hilfe des Völkerbundes für die Abbeförderung der Flüchtlinge zu erwirken. Die chilenische Regierung glaubt deshalb angesichts der Dringlichkeit der Frage und im Bewußtsein ihrer Pflichten, gegenüber denen, die sich unter ihren Schutz gestellt hätten, noch einmal die Aufmerksamkeit des Rates auf diese Angelegenheit lenken zu sollen.

Göring besichtigt das Haus der Flieger in Rom.

DNB **Rom**, 16. Januar.

Generaloberst Göring hat am Freitagmittag das Haus der Flieger besichtigt, wo er vom Staatssekretär des Luftfahrtministeriums, Fliegergeneral Valle, und dem Kommandeur des Luftkreises Rom, Porro, und allen leitenden Offizieren des Luftfahrtministeriums empfangen wurde.

Die Organisation des Hauses der Flieger hat bei Generaloberst Göring, der am Sonnabend auch die Fliegerstadt Guidonia und ihre technischen Versuchsanstalten besuchen wird, lebhaftestes Interesse und vollste Anerkennung gefunden.

Der Besuch des englischen Handelsministers bei Roosevelt.

£ **London**, 16. Januar.

Der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph" mißt nunmehr dem Besuch des englischen Handelsministers Runciman bei Roosevelt große politische Bedeutung bei. Es heißt, in London habe es großes Aufsehen erregt, daß jetzt auch der Direktor der Bank von England, Sir Otto Niemeyer, eine Autorität auf dem Gebiet des internationalen Finanzwesens, ebenfalls in die Vereinigten Staaten reise. Die Ernennung Bonnets zum französischen Botschafter in Washington und der Besuch Niemeyers hingen mit den gleichen Fragen zusammen. Bei Abschluß des Währungsabkommens zwischen England, Frankreich und den Vereinigten Staaten habe man gehofft, daß seine natürlichen Folgen ein Abbau der internationalen Handelsschranken und die Beseitigung innerer Handelshindernisse sein würden. Diese Hoffnung sei bis jetzt nicht in Erfüllung gegangen. Die drei großen Finanzmächte, die der Meinung waren, durch einen freieren Handel eine internationale Befriedung fördern zu können beschäftigten sich mit der Frage, wie ein neuer Anstoß gegeben werden könnte. Unwahrscheinlich sei, daß der Präsident der Vereinigten Staaten und sein Gast etwas ähnliches wie eine Weltwirtschaftskonferenz planten. Es sei vielmehr damit zu rechnen, daß sie anderen Ländern allgemeine Richtlinien vorlegen würden, um so zu einer wirtschaftlichen Befriedung Europas zu gelangen, die einen wichtigen Bestandteil bei der Erhaltung des Weltfriedens bilde. Möglich sei auch, daß darüber hinaus noch ein zweiseitiger Vertrag zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und England zwischen Roosevelt und Runciman besprochen werde.

Deutsche Sendungen im belgischen Rundfunk.

DNB **Brüssel**, 16. Januar.

Nach einer Mitteilung des Brüsseler „Soir" untersucht der belgische Rundfunk zurzeit die Möglichkeiten der Schaffung eines dritten Nationalsenders, der für die Hörer in den Gebieten von Eupen und Malmédy Sendungen in deutscher Sprache geben soll. Da die Verwirklichung dieses Projektes im Augenblick aus technischen und finanziellen Gründen noch nicht möglich ist, und auch die zeitweilige Einschaltung eines deutschen Programms bei der französischen und flämischen Station wegen der unzureichenden Stärke dieser Sender ohne praktischen Nutzen sein würde, sollen die Privatsender von Arlon und Verviers in Zukunft wöchentlich zehn Stunden in deutscher Sprache senden.

Rumänischer Staatssekretär in Berlin

Berlin, 16. Januar.

Gelegentlich einer privaten Studienreise durch die europäischen Hauptstädte besuchte dieser Tage der Staatssekretär im rumänischen Innenministerium, Sergio Dimitriu, auch Berlin. Da er gleichzeitig Leiter der rumänischen Verkehrswerbung ist und die Bearbeitung aller Fragen kultureller Werbung in seinen Händen liegt, interessierte er sich besonders für die deutschen Einrichtungen auf diesem Gebiet, wozu ihm in reichem Maße Gelegenheit geboten wurde.

Spende der Polizei für das WHW.

DNB **Berlin**, 16. Januar.

Der Kameradschaftsbund Deutscher Polizeibeamten, der der Dienstaufsicht des Reichsführers SS und Chefs der deutschen Polizei untersteht, hat innerhalb der deutschen Polizeibeamtenschaft eine Sammlung veranstaltet, die den Betrag von 100 832,18 Mark ergab. Diese Summe wird am „Tag der deutschen Polizei" an das Winterhilfswerk abgeführt.

Der Erste Internationale Karnevalskongreß in München.

DNB **München**, 16. Januar.

Im Kongreß-Saal des Deutschen Museums in München tagte am Freitag ein Kongreß, wie ihn München, ja die Welt noch nicht erlebt hat. Der Erste Internationale Karnevalskongreß.

In den mit riesigen Narrhalla-Orden ausgeschmückten Kongreßsaal empfing ein Orchester im Narrengewand die Gäste, darunter Vertreter der Regierung, der Wehrmacht und der Fremdenverkehrsverbände mit heiteren Weisen.

Oberbürgermeister Fiehler-München sprach herzliche Worte des Willkommens. Die Arbeit des Kongresses sei der Freude und dem Scherz gewidmet. Das Gefühl gemeinsamer Freude werde über die Faschingszeit hinweg alle zusammenfügen und mitarbeiten an der Verständigung der Völker untereinander und damit an der Befriedung der Welt.

Grüße und Wünsche des Reichspropagandaministers Dr. Goebbels überbrachte Regierungsrat Gutterer.

„Lachende Kunst" war das Thema eines Vortrages, den der Vertreter Italiens, Dr. Carlo Bottini-Viareggio, durch Presseattaché Dr. Enenkel verlesen ließ. Bottini stellt fest, wie stark der Einfluß des Karnevals auf Musik, Theater, Kleinkunst und vor allem auf die Malerei ist.

Ueber die Belebung der Wirtschaft durch den Karneval sprach Stadtrat Horst Ebel-Düsseldorf. Wie Prinz Karneval im Inland ein großer Arbeitgeber sei, so hätten auch zahlreiche internationale Handelsverflechtungen ihren Ursprung in diesem Wirtschaftsfaktor.

Den Karneval von Binche (Belgien) schilderte in deutscher Sprache Stadtrat Richard.

Der Präsident des Festausschusses des Kölner Karnevals, Ließen, hob in seinem Vortrag die kulturellen Aufgaben des Karnevals hervor.

Ein englischer Vertreter gab seiner Bewunderung über den großartigen Münchener Fasching Ausdruck.

In seiner Schlußansprache brachte der Präsident des Münchener Faschings, Ratsherr Direktor Reinhard-München, nach einer zusammenfassenden Betrachtung den Dank der Stadt München an die Kongreßteilnehmer zum Ausdruck.

Wüster Terror im USA-Seemannsstreik.

DNB **Newyork**, 16. Januar.

Einen unglaublichen Roheitsakt im amerikanischen Seemannsstreik leisteten sich verhetzte Seeleute in Spring Vallen im Staate Newyork. Drei Matrosen drangen in die Wohnung eines Schiffsfunkers ein, der die Beteiligung am Streik abgelehnt hatte. Sie fesselten und knebelten dessen 60jährige Mutter und verfuhren mit der jüngeren Schwester des Funkers in derselben Weise. Dann drohten sie, beide zu ermorden. Schließlich trafen sie alle Vorbereitungen, um dem ebenfalls gefesselten Funker die rechte Hand abzuschlagen, damit „es ihm zeitlebens nicht mehr möglich sei, eine Funkmeldung durchzugeben". Erst nachdem sie die ganze Familie lange Zeit hindurch in Todesangst gehalten hatten, verließen sie die Wohnung. Die Polizei fahndet nach den Rohlingen.